

Zusammenfassende und gekürzte Übersetzung des

Newsletter Nr. 7 von PAOET über die politische Lage in Togo, Mitte Juni 2012

### **Mehrere internationale Menschenrechtsorganisationen besuchten das Land um sich insbesondere Foltervorwürfen nachzugehen**

Die Weltorganisation gegen Folter (OMCT), die Sonderberichterstatterin zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) sowie die UNO sandten eine Delegationen nach Togo, um sich über die politische Situation in der Zeit nach den Ereignissen des 12., 13. und 14. Juni in Togo und die Situation der Menschenrechte zu informieren.

Unter der Leitung von Manfred Nowak, ehemals Sonderberichterstatter über Folter der Vereinten Nationen, hat eine Mission der durch die Europäische Union finanzierten Organisation „Atlas der Folter“ sich hauptsächlich mit den Haftbedingungen in den Gefängnissen und die Frage der Folter in Togo befasst. In seiner Pressekonferenz am 24. Mai erklärte Herr Nowak, dass er eine Reihe von Problemen während seiner Mission gefunden habe: Die Überbelegung der Gefängnisse, missbräuchliche sowie ungewöhnlich lange Haft, fehlende Garantie für die Prävention von Folter und Straflosigkeit von Offizieren und Polizisten, die der Folter beschuldigt werden. Auch beklagte er den Mangel an Fortschritten seit seiner letzten Mission im Jahr 2007 als Berichterstatter der UNO, obwohl Togo das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter (OPCAT) und die Abschaffung der Todesstrafe ratifiziert hat.

### **Alarmierende Lage in den Gefängnissen in Togo**

In den Gefängnissen von Lomé sind 80% der Insassen Untersuchungshäftlinge. Diese Situation illustriert das Scheitern der togoischen Gerechtigkeit, trotz der Erneuerung des Justizapparates, die vor einigen Jahren ins Leben gerufen worden ist. Es scheint sogar, dass Sicherungsverwahrung von der Staatsanwaltschaft genutzt wird, um einige Leute zu "bestrafen".

Die Haftbedingungen sind sehr schlecht: Nahrungsmittel sind knapp und von schlechter Qualität, Gefangene leben in Elend und in schlecht belüfteten Räumen zusammengedrängt. Auch die medizinische Versorgung ist unzureichend. Kurz gesagt: es ist nicht ungewöhnlich, dass Häftlinge wegen ihrer schlechten Haftbedingungen sterben. Nach Erhebungen togolesische Journalisten starben im Gefängnis von Lomé zwischen 1. Januar 2012 und 25. Mai 2012 18 Häftlinge.

Überbelegung ist die Norm. Laut Statistik vom 12. Dezember 2011: Gefängnis von Vogan zu 135% überbelegt, Dapaong zu 190%, Aneho bis 207%, zu 220%, bis 269 % und Tsévié 407% (vgl. Freedom Journal Nr. 1219 vom 25. Mai 2012 und die Fortnightly Fokus Info Nr. 0064 von 30 bis 12 Juni, 2012). Der Justizminister hat selbst eingeräumt, dass die Gefängnisse mit einer Auslastung von 156% auf nationaler Ebene und von 291% in Lomé extrem überbelegt sind. Dies führt zu einem schlechten Gesundheitszustand und Problemen bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln.“

Im Anschluss an die Mission der Herr Nowak kam zu dem Schluss, dass es eine humanitäre Krise in den Gefängnissen in Togo gäbe. Die Regierung kündigte am 29. Mai eine Reihe von Maßnahmen an. Dies ist unter anderem, "die Freilassung von Gefangenen auf Bewährung, beschleunigte Gerichtsverfahren, medizinische Beratung, Beschaffung von Arzneimitteln in Krankenstationen.

Die Regierung kam auf der Sitzung des Kabinetts am 15. Juni auf dieses Thema zurück und hat einige Sofortmaßnahmen bekannt gegeben. Nach dem Beschluss des Ministerrats vom 15. Juni

sollen Gefängnisse in Togo entlasten werden. Daraufhin kündigte der Minister für Justiz eine am 19. Juni die Freilassung von 434 Gefangenen in 12 Gefängnissen von Togo an.

### **Gründung einer Vereinigung der Opfer von Folter in Togo (ASVITTO)**

Am 7. Juni wurde der Verband der Opfer von Folter und anderen Formen von unmenschlicher und erniedrigender Behandlung in Togo (ASVITTO) ins Leben gerufen. Ziele des Vereins sind die wirksam zur Umsetzung aller Empfehlungen zur Prävention und Beseitigung von Folter in Togo beizutragen sowie die Verurteilung und Bestrafung der Täter von Folter und die Wiedergutmachung und Rehabilitation von Folteropfern in Togo.

### **Annahme neuer Wahlgesetze**

Zwei neue Gesetze im Zusammenhang mit der Wahlordnung und der Anzahl der Abgeordneten des Parlaments wurden jeweils am 25. und 31. Mai 2012 angenommen. Es ist schwierig, diese beiden Gesetze einzuschätzen, da es bisher von Behörden sehr wenig detaillierte Informationen über deren Inhalte gibt. Aus der privaten Presse geht hervor, dass das neue Wahlgesetz die zentrale Rolle der Nationalen Wahlkommission (INEC) bei der Organisation der Wahlen stärkt und die INEC neu zusammen gesetzt wird (17 Mitglieder, 5 werden von der parlamentarischen Mehrheit ernannt, fünf von der Opposition, drei von den außerparlamentarischen Parteien, der Zivilgesellschaft drei von der Nationalversammlung und ein von der Behörde bestellte). Im Blick auf die Wahlen in diesem Jahr ist die Anzahl der Delegierten im Parlament von 81 bis 91 erhöht worden.

Die beiden neuen Gesetze werden kritisiert und von den Oppositionsparteien aus den folgenden Gründen abgelehnt: Sie wurden von der Union für die Republik (UNITE, die regierende Partei, ehemals RPT) allein und ohne Berücksichtigung der Anmerkungen und Anfragen anderer Parteien im Auftrag der Regierung vorgeschlagen. Die nicht konsensuale Verabschiedung neuer Gesetze ist eine eklatante Verletzung des Protokolls A/SP1/12/01 über Demokratie und Good Governance im Ergänzungsprotokoll ECOWAS über Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung, Konfliktlösung, Friedenssicherung und Sicherheit. Dies besagt in Absatz 1 von Artikel 2, dass keine grundlegende Reform des Wahlrechts innerhalb von sechs (6) Monate vor den Wahlen ohne Zustimmung der Mehrheit der Politiker ausgeführt werden dürfen. Die Zuordnung der Zahl der Abgeordneten von der Präfektur ist weder fair noch gerecht und die einzelnen Präfekturen spiegeln nicht die Bevölkerung wieder. (z. B. brauchen einige Bezirke 20.000 Stimmen in um einen Parlamentsabgeordneten zu wählen, in anderen bedarf es 100.000 Stimmen). Die Erhöhung der Anzahl der Abgeordnetensitze erfolgte nicht auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 2010.

Um gegen die neuen Wahlgrenze zu protestieren, organisierte politische Parteien der Opposition verschiedenen Veranstaltungen in Lomé und den im Landesinneren. Die CAR (Aktionskomitee für Erneuerung) hat Märsche in Tabligbo und Amlamé organisiert (jeweils 18. Mai und 31. Mai).

Die Gruppe "Sauvons le Togo" hat am 24. Mai 2012 einen großen Protestmarsch organisiert, um die Rücknahme eines Gesetzentwurfs zu verlangen.

Angesichts der steigenden politischen Spannungen, greifen die diplomatischen Vertretungen in Togo in die Debatte ein. So haben die Chefs der diplomatischen Missionen der Europäischen Union, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und der USA in einer Pressemitteilung zwar die neuen Gesetze begrüßt aber bezugnehmend auf die Empfehlungen der Beobachtungsmissionen der Europäischen Union bei den Wahlen von 2007 und 2010 feststellte, dass einige dieser Empfehlungen nicht oder nur teilweise umgesetzt worden seien. Sie bedauern das Scheitern der verschiedenen Versuche eines politischen Dialogs, und dass es

versäumt wurde, eine weitgehende Einigung über Reformen im Zusammenhang mit den Wahlen zu erreichen.

Die Botschafter sind auch über die Verzögerung bei der Umsetzung der vorbereitenden Wahlorganisation besorgt und betonen, wie wichtig der Aufbau und Betrieb einer erneuerten INEC sei. Sie legen besonderen Wert auf die Bedeutung der zusätzlichen Maßnahmen der INEC wie die Sicherung der Stimmzettel sowie die Übermittlung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse. Sie erklären ihre Bereitschaft zur Unterstützung für jede Aktion, die dazu beitragen können Transparenz und Fairness des Wahlverfahrens herzustellen.

Sie forderten die togoischen Behörden und die wichtigsten politischen Akteure auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um den Dialog zu fördern und offen und konstruktiv eine demokratische Debatte im Interesse des togoischen Volkes zu führen.

### **Die Ereignisse des Kollektiv "Sauvons le Togo"**

Das Kollektiv "Sauvons le Togo" verlangt unter anderem die rasche Umsetzung der Empfehlungen der Nationalen Menschenrechtskommission über Fälle von Folter, die sofortige Aufhebung des bisherigen Gesetzes im Zusammenhang mit der Wahlordnung und Wahlen und die Rückkehr zur Verfassung, die im Oktober 1992 durch ein Referendum verabschiedet worden ist. Das Kollektiv "Sauvons le Togo" hat gleichzeitig Sit-in Proteste und Demonstrationen am 12., 13. und 14. Juni in Lomé angekündigt.

Nach der Veröffentlichung hat das Staatsoberhaupt ein Treffen mit dem Koordinator des Kollektiv, Me Ajavon Zeus über die gesellschaftspolitische Situation und die Umsetzung der Empfehlungen der Nationalen Menschenrechtskommission erbeten. Das Gespräch fand am 7. Juni 2012 statt.

### **Demonstration am 12- 14. Juni 2012**

Diese waren sehr erfolgreich im Hinblick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit. Während einige von 500.000 Teilnehmenden gesprochen haben zählten andere Zehntausende. Eigene Beobachtung sowie die des Leiters der EU-Delegation war, dass das Publikum riesig und sehr beeindruckend war, und dass eine solche politische Mobilisierung so nicht erwartet worden ist. Es war geplant, dass die Sit-ins drei Tage dauern würden. Am zweiten Tag aber wurden die Demonstranten zerstreut und ihre Podestplätze zerstört.

Zunächst begann alles am Morgen des 12. Juni in der guten Laune und Ruhe. Die Dinge sind am späten Vormittag mit Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten eskaliert. Kommerzielle Aktivitäten waren sehr zurückgegangen und die Läden rund um den Place Deckon, im Zentrum der Stadt Lomé waren geschlossen. Trotz der Aktionen der Polizei hielten Demonstranten ein Sit-in und verbrachte die ganze Nacht auf der Straße.

Am dem 13. Juni, wurde über Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften berichtet. Einige Demonstranten wurden von Sicherheitskräften mit Tränengas beschossen, sie flüchteten in Privathäusern und in den Räumen der Pfarrei der katholischen Kirche in Amoutivé und deren Schule. zu einer „tote Stadt“ am Freitag, den 15 Juni hatte aber nur ist sehr wenig Kontrolle über ihren Slogan.

Nach Einschätzung des Kollektivs, wurden 119 Menschen, darunter 52 schwer verletzt und 78 Menschen bei Demonstrationen am 12. und 13. Juni verhaftet. Laut Auskunft des Kollektivs "Sauvons le Togo" starben drei Menschen an den Folgen der Repression.

Das Kollektiv und der Generalsekretär der togoischen Liga für Menschenrechte haben sich entschieden, gegen die Regierung zu klagen während diese wiederum eine Klage gegen ein Dutzend Demonstranten ankündigt.

Für die Regierung und die Strafverfolgungsbehörden war die Auflösung der Demonstration durch die Sicherheitskräfte völlig gerechtfertigt.

Im Anschluss an die Brutalität der Polizei bei den Demonstrationen am 12., 13. und 14. Juni brach die Bischofskonferenz, die in der katholischen Kirchengemeinde Amoutivé ihr halbjährliches Treffen abhielt, ihr Schweigen und verurteilt auf das Schärfste die frevelhaften Taten der Sicherheitskräfte. Sie kritisierte die anhaltenden Demonstrationen in den Räumen der Kirche und das Einschlagen auf friedliche Gläubige. Für die Bischöfe ist ein so brutaler Eingriff in die Kirche ein inakzeptabler Akt der Verletzung und eine Entweihung. Sie verlangen dass Verantwortliche benannt und dass Rechte und Würde der Opfer wiederhergestellt werden.

Die Konferenz der Bischöfe aus Togo drückt ihre tiefe Ablehnung und Besorgnis über das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden aus, wegen des Leids, das dem Volk angetan worden ist. Sie bitten die Regierung geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben der Bürger und deren körperliche Unversehrtheit zu schützen. Sie hat schließlich bis auf weiteres die Schließung der Pfarrei Amoutivé angekündigt.

Auch Mitglieder der evangelischen Kirchen in Togo trafen sich am 20. Juni auf Initiative der Evangelisch-Presbyterianischen Kirche von Togo und der Methodistischen Kirche im togoischen Christenrat um die politische Situation zu besprechen. Nach der Sitzung traf sich eine Delegation des Christenrates am 26. Juni das Staatsoberhaupt, um die Anliegen der Kirchen angesichts der politischen Spannungen im Land zum Ausdruck bringen und sie bitten darum, den Dialog mit politischen Parteien wieder aufzunehmen sowie um institutionelle und konstitutionelle Reformen und um die Vorbereitung transparenter Wahlen ohne Gewalt.

Die Unterdrückung von Demonstrationen 12, 13. und 14. Juni hat Bedenken innerhalb und außerhalb von Togo (insbesondere aus dem afrikanischen Assembly for Human Rights / RADHO, die Französisch Regierung und der Vereinten Nationen) hervorgerufen und sicherlich das Bild des Landes getrübt. Dies zwang die Regierung am 29. Juni ein Memorandum über die Ereignisse zu veröffentlichen, um eine genaue Beurteilung der Ursachen der Gewalt aus der Perspektive der Regierung zu ermöglichen.

Es gibt Details des Schadens an, der während der Proteste entstanden ist (Beschädigung und Entfernung der Schilder, Schäden an der Beschichtung des Straßenbelag durch das Verbrenn von Reifen auf dem Bürgersteig) von schätzungsweise insgesamt 164.810.00Fcfa (251.000 €) ist.

Dr. Comlan Prosper Deh, PAOET